

Rede zum Tag der Arbeit 2011

„DAS IST DAS MINDESTE! FAIRE LÖHNE, GUTE ARBEIT, SOZIALE SICHERHEIT.“

Hartmut Tölle

DGB-Bezirksvorsitzender Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

DGB-Kundgebung Papenburg

*Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: 1. Mai 2010, 11 Uhr*

DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Otto-Brenner-Straße 7

30159 Hannover

Telefon 0511-12601-32

Telefax 0511-12601-57

Mobil 0170-6342155

www.niedersachsen.dgb.de



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

tiefe Risse ziehen sich durch unsere Gesellschaft. Sie trennen in Arme und Reiche, Deutsche und Ausländer, prekär und regulär Beschäftigte, Vermögensbesitzende und Vermögenslose.

Armut wird immer häufiger vererbt.

Benachteiligte Gruppen werden nicht mehr als gleichberechtigter Bestandteil der Gesellschaft wahrgenommen.

Sie gelten als nicht erforderlich, damit das Leben funktioniert. Schlimmer noch, sie werden ausgestoßen, diskriminiert und durch staatliches Handeln weiter benachteiligt.

Der an Arroganz und Dummheit nicht zu übertreffende Spruch vom FDP-Vorsitzenden Westerwelle, der von „spätromischer Dekadenz“ und „anstrengungslosem Wohlstand“ schwadroniert, muss hier als Beispiel reichen.

Die Nutznießer dieser Entwicklung werden immer dreister, von Gier und Habsucht getrieben, haben sie jeglichen Bezug zur Realität und ethischen Werten verloren.

Die Debatten um Bonizahlungen an Vorstände von „Pleitebanken“ wie Hypo Real und Commerzbank haben wir alle nicht vergessen.

Die Politik der neoliberalen Heilslehren hat mit ihrer Art der Krisenbewältigung dazu beigetragen, dass in unserem Land diese Spaltung der Gesellschaft sich in beispielloser Weise noch beschleunigt.

Ein Zitat des Präsidenten Roosevelt aus dem Jahr 1936 beschreibt unser heutiges System treffend, „Wir kämpfen seit (...) Jahren erbittert gegen die Hochfinanz und Wirtschaftsbosse, die gewissenlosen Spekulanten (...). Sie alle hatten sich daran gewöhnt, die Regierung als Anhängsel ihrer Geschäfte zu betrachten. Wir wissen nun, vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso gefährlich, wie von der Mafia regiert zu werden.“

Wenn ich an den „Nacht- und Nebel-Deal“ der Atomlobbyisten mit der Bundeskanzlerin denke, sollte Frau Merkel innehalten und sich an ihren Amtseid erinnern: nämlich u.a. Schaden von dem deutschen Volk fernzuhalten.

Seit Wochen bewegen uns die Nachrichten aus Fukushima.



Unser Mitgefühl haben die Opfer, unsere Wut aber richtet sich gegen die Politik und die Konzernmanager in aller Welt, die dieses Inferno zu verantworten haben.

Die Energiewirtschaft und die sie unterstützenden Politiker haben arrogant die Warnungen über die Unbeherrschbarkeit der Atomtechnologie ignoriert und die Kritiker als Spinner bezeichnet.

Aber Fukushima hat uns gezeigt, dass Naturgewalten ihre eigenen Regeln haben und durch Technik nicht beherrschbar sind.

Wir Gewerkschaften fordern, aus der Atomenergie auszusteigen – und zwar so schnell wie möglich.

Wie bei Frau Merkel, brauchte es auch bei Ministerpräsident McAllister erst das Unglück in Japan, um zumindest halbwegs zu energiepolitischer Vernunft zurückzufinden.

Schließlich ist Niedersachsen das Bundesland, das von möglichen oder vermeintlichen Endlagern für radioaktive Abfälle am meisten betroffen ist – Stichwort Gorleben, Stichwort Asse, Stichwort Schacht Konrad.

Der rasche Ausstieg aus der Atomenergie ist deswegen ebenso notwendig wie ein Neubeginn der Suche nach einem geeigneten Standort für Atommüll-Endlager in Deutschland.

Auch die Landesregierung ist aufgerufen, sich für beides nachdrücklich einzusetzen und ihre Politik nach dem Motto „Bagger schaffen Tatsachen“ aufzugeben.

Aber nicht nur in der Energiepolitik bedarf es großer Anstrengungen! Deutschland ist in Schieflage geraten.

In einer gespaltenen und unsozialen Gesellschaft wollen wir nicht leben.

Wir wollen, dass auch für die Beschäftigten gilt, Leistung muss sich lohnen und sie ihren gerechten Anteil am jetzigen Aufschwung bekommen.

In Teilen der Wirtschaft konnte die Krise dank des Einsatzes der Beschäftigten, Betriebsräte und Gewerkschaften gemildert werden – der Respekt dafür ist bis heute ausgeblieben.

Im Gegenteil! Die Bundesregierung und die Arbeitgeber weiten Niedriglöhne, befristete Jobs und unsichere Arbeit immer weiter aus.



- Prekäre Arbeitsbedingungen prägen den Alltag von Millionen von Beschäftigten.
- Teilzeitstellen und Befristungen im Niedriglohnbereich haben zugenommen.
- Leiharbeit frisst sich wie Säure in die Kernbelegschaften. Die Zahl der Leiharbeiter ist doppelt so hoch wie vor sieben Jahren.
- In Supermärkten, Hotels und Gaststätten ist die unbefristete Vollzeitstelle mittlerweile die Ausnahme, schlecht bezahlte Minijobs sind die Regel. Ihre Zahl ist in den letzten 7 Jahren um fast 30 Prozent gestiegen.
- Und als ob das nicht ausreichen würde, entwickeln sich Unternehmen wie Schlecker, Lidl oder Kik zu rechtsfreien Zonen, die der Sklaverei immer ähnlicher werden.
- Vergabebedingungen schaffen keinen Wettbewerb, sondern ruinieren Handwerksbetriebe mit tausenden von Beschäftigten.
- Die Hartz IV-Reformen verbreiten Existenzängste bei den Beschäftigten und wer unverschuldet den Arbeitsplatz gestrichen bekommt, findet sich nach kurzer Zeit, staatlich ausgeplündert, in bitterer Armut wieder.

Und aus der solidarischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme haben sich die Arbeitgeber verabschiedet, nachdem ihnen der Gesetzgeber die Türen geöffnet hat.

Die Politik hat die Arbeitgeber geradezu ermuntert, die gute Arbeit schlecht zu bezahlen.

Rund 130.000 Beschäftigte in Niedersachsen brauchen staatliche Unterstützung, obwohl sie Arbeit haben.

1,1 Mrd. Euro gibt das Land für sogenannte Aufstocker per Lohnsubventionen aus, damit es bei den Unternehmen zusätzlich in der Kasse klingelt.

Das ist und bleibt ein Skandal und mit dem wir uns nie anfinden werden.

Arbeit muss sich wieder lohnen! Wir brauchen gute Arbeit, die nach Tarifverträgen bezahlt wird!



Aber die Bundesregierung hat gemeinsam mit Unternehmern ohne Anstand und Moral nicht nur unsere Einkommen geschröpft.

Sie hat auch bewusst die Staatsfinanzen ruiniert, um neoliberalen Heilslehren gerecht zu werden.

- Privatisierung und Personalabbau um jeden Preis
- Lohndrückerei bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes
- eine marode Infrastruktur in Bildung und Wissenschaft und das Schleifen der Sozialversorgungssysteme waren die Folge.

Und als Wunderwaffe gegen jahrzehntelanges politisches Versagen soll nun die Schuldenbremse die Wende einleiten.

Sie wird den Druck auf die öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern aber nochmals verstärken, weil sie die Einnahmeseite völlig unberücksichtigt lässt.

Die Länder sollen sich ab 2020 überhaupt nicht mehr zusätzlich verschulden dürfen.

Und auch die niedersächsische Landesregierung will dieses Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, schon bis 2017 toppen.

Wollte man die „Schuldenbremse“ heute einhalten, müsste der Landeshaushalt um mehr als 11 Prozent gekürzt werden.

Und dadurch wird deutlich: die Schuldenbremse ist eine Zukunfts- und Wachstumsbremse.

Der haushaltspolitische Handlungsspielraum des Landes wird sich durch sie in den kommenden Jahren extrem einengen.

Die Zeche aber werden wir zahlen.

Und um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Die schlechte Lage der öffentlichen Haushalte ist nicht zu hohen Ausgaben, sondern zu geringen Einnahmen geschuldet.

Schon in den Jahren vor der Finanz- und Wirtschaftskrise war die Ausgabenpolitik Niedersachsens extrem gedrosselt.

Massive Kürzungen in den Bereichen Soziales, Umwelt, Bildung und Infrastruktur waren die Folge – Kürzungen, die das Maß des Tragbaren weit überschritten haben.

Es ist ganz klar: Eine notwendige Konsolidierung des Landeshaushalts kann nur über höhere Einnahmen erfolgen.

Dies setzt zum Einen ein höheres Wachstum voraus, wofür es entsprechende Nachfrageimpulse und öffentliche Investitionen braucht.

Es setzt aber auch eine Steuerpolitik voraus, die hohe Einkommen und Vermögen gerecht besteuert.

Denn wir wissen, nur Reiche brauchen einen armen Staat, um noch reicher zu werden.

Wenige sind durch die letzten sogenannten Steuerreformen noch reicher geworden und wir sind der Packesel, dem die Politik immer mehr Lasten aufbürdet.

Die zurückliegenden Steuersenkungen für Menschen mit sehr hohem Einkommen und Vermögen sowie für Unternehmen haben sich hier als fataler Irrweg erwiesen.

Insgesamt sind dem Bundeshaushalt in den Jahren 2000 bis 2010 durch Steuersenkungsmaßnahmen etwa 138 Mrd. Euro Einnahmen entgangen, dem Land Niedersachsen etwa 15. Mrd. Euro.

Die Bruttolohnquote ist in den Jahren 1991 bis 2010 von 71 % auf 66,3 % gefallen.

Das entspricht einer Umverteilung von 1.118, 1 Mrd €.

Diese Zahlen belegen: Geld ist genug da.

Schon seit Jahren werden von dieser Bundesregierung alle Sozialsysteme mit der „Abrissbirne“ saniert.

Schuldenbremse, Auslandseinsätze der Bundeswehr und Mrd. Euro für die angebliche Stabilisierung des europäischen Finanzsystems werden die öffentlichen Haushalte weiter massiv belasten.

Statt die Vermögenssteuer und die Börsentransaktionssteuer einzuführen, sind Kopfpauschalen, Rentenkürzungen und das weitere Schröpfen der Hartz IV-Bezieher die bittere Medizin durch die unser Sozialstaat gesunden soll.



Das letzte Produkt dieser sozialpolitischen Giftmischer ist die Rente mit 67.

Wir wissen, nur 10% der 64-jährigen haben überhaupt noch eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Selbst die Rente mit 65 erreichen nur die wenigsten aus regulärer Beschäftigung, in der Automobilindustrie nur 0,6 %.

Das bedeutet für die Betroffenen einen weiteren drastischen Verlust an Lebensqualität, auch durch die erheblichen Kürzungen bei „vorzeitigem“ Renteneintritt.

Altersarmut wird damit zum Normalfall.

Besonders hart trifft die Rente mit 67 diejenigen, die körperlich schwere Arbeit leisten. Das ist immerhin jeder Dritte!

Wir dürfen in diesem Zusammenhang auch nicht übersehen: Jede Verlängerung der Arbeitszeit – auch die Rente mit 67 – blockiert den Zugang zur Beschäftigung.

Für junge Erwachsene ist es heute schon schwer, einen auskömmlichen Einstieg ins Arbeitsleben zu finden.

Es ist eine Tatsache - wenn die Älteren länger arbeiten müssen, wird der Konsensvertrag zwischen den Generationen von der Politik nochmals aufgeweicht.

Deshalb ist unsere Position klar: Die Rente mit 67 muss vom Tisch – ohne wenn und aber.

Hinzu kommt die wachsende Zahl von Menschen, die unfreiwillig teilzeitbeschäftigt sind.

Zugleich finden immer mehr Menschen nur noch prekäre Jobs mit niedrigen Löhnen.

Ein bitteres Beispiel hierfür ist die Leiharbeit.

Leiharbeit boomt, weil sie Lohndumping ermöglicht.

Lediglich 44 Prozent der Leiharbeitsverhältnisse dauern länger als drei Monat.

Und nur 7 Prozent der vormals Arbeitslosen schaffen es, innerhalb von zwei Jahren die Leiharbeit komplett hinter sich zu lassen.



Die Konsequenz ist: Leiharbeit verdrängt zunehmend tariflich geregelte Beschäftigung!

Und trotz ihrer Unsicherheit und ständiger Flexibilität verdienen Leiharbeitnehmer deutlich weniger als fest angestellte Kolleginnen und Kollegen, die die gleiche Arbeit machen.

Damit muss Schluss sein!

Wir brauchen auch in der Leiharbeit gleichen Lohn für gleiche Arbeit - ab dem ersten Tag der Beschäftigung - und zwar auf der Basis von Tarifverträgen in den Branchen!!

Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung greifen allerdings auch außerhalb der Leiharbeit immer stärker um sich.

Immer mehr Menschen sind gezwungen, zu Armutslöhnen zu arbeiten.

Wir wissen, von solchen Einkommen kann niemand leben. Deshalb müssen immer mehr Beschäftigte ergänzend Hartz IV beziehen.

Elf Mrd. Euro haben wir Steuerzahler im letzten Jahr bundesweit für diese versteckte Lohnsubventionierung ausgegeben.

Dieser Zustand ist untragbar: Es kann nicht Aufgabe der Allgemeinheit sein, Niedriglöhne auf ein existenzsicherndes Niveau anzuheben.

Der Staat muss hier endlich seiner Verantwortung nachkommen und Sozialdumping verbieten!

Auch durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die ab heute für die Bürgerinnen und Bürger vieler neuer EU-Mitgliedstaaten Osteuropas gilt, erhöht sich der Druck auf die Löhne in vielen Branchen.

Wir begrüßen diese Entwicklung in Europa, sie ist ein Grundpfeiler des europäischen Gedankens.

Wichtig ist aber, dass sie gerecht und sozial gestaltet wird.

- Wir brauchen dringend einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro 50 pro Stunde, um Ausbeutung effektiv zu verhindern.
- Alle Branchen müssen in das Entsendegesetz aufgenommen werden.



- Betriebs- und Personalräte müssen uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht bei entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bekommen.
- Wir wollen bessere und flächendeckende Kontrollen von Entsendeunternehmen sowie die deutliche Aufstockung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit

Um den weiteren Missbrauch der Leiharbeit zu verhindern, brauchen wir außerdem Equal Pay vom ersten Tag an.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das ist unser Grundsatz!

Er muss für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gelten, egal woher sie kommen.

Junge Menschen, unsere Kinder und Enkelkinder, stehen als Berufsanfänger unter einem besonderen Druck:

einerseits sollen sie sich bedingungslos an die Arbeitswelt anpassen, andererseits werden sie als ausbildungsunfähig diffamiert.

Von den Unternehmen in Niedersachsen wurden zwar mehr Ausbildungsplätze als im Vorjahr angeboten, allerdings ist zeitgleich die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber deutlich angestiegen.

Aufgrund dieses Mangels an Ausbildungsplätzen mussten im letzten Jahr über 10.000 junge Menschen in Warteschleifen wie Praktika, Einstiegsqualifizierungen oder Berufsvorbereitungsmaßnahmen verbringen.

Die Betriebe sind aufgefordert viel aktiver zu werden als bisher.

Wir bleiben dabei: es ist nach wie vor nötig eine Ausbildungsplatzumlage einzuführen.

Wer jetzt bei der Ausbildung spart, der nimmt nicht nur jungen Menschen die Zukunft, der schädigt auch sein Unternehmen und den Standort Deutschland.

Wir brauchen endlich ein Bildungssystem, das der demografischen Herausforderung gerecht wird.

Alle Kinder, Schüler, Auszubildende und Studierende müssen ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden.



Wir brauchen Politiker, die entschlossen handeln und die Aufgaben, vor allem in der Sozial-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, anpacken und lösen.

Wir brauchen keine Demagogen, die von Problemen ablenken, indem sie vor Allem die Schwachen und Hilfebedürftigen diffamieren und unsere Gesellschaft weiter spalten.

Wir brauchen erst recht keine Rassisten und Neofaschisten in den Parlamenten, die Menschenrechte verachten und mit ihren national-völkischen Phrasen zurück wollen in ein Reich der Unmenschlichkeit, indem sie alte Naziverbrecher weiter verehren können.

Wir bleiben bei unserer eindeutigen Haltung – faschistisches und rassistisches Gedankengut ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Die NPD gehört verboten und ihre Gefolgschaft hat in den Parlamenten nichts zu suchen.

Und dafür können wir selbst sorgen.

Am 11. September sind Kommunalwahlen.

Wir müssen uns einmischen und wählen gehen – das ist das Mindeste!

In den Kommunen sind wir zuhause. Hier leben und arbeiten wir.

Wir brauchen starke Kommunen, die unseren Bedürfnissen auch gerecht werden und die deshalb auch finanziell lebensfähig sein müssen.

Eine Politik, die weiterhin Mrd. Euro für unfähige Banker ohne Ethik und Moral verschleudert und dafür auch die Kommunen weiter ausbluten lässt, legt die Axt an die Wurzeln unserer demokratischen Gesellschaftsordnung.

Es ist eine alte, aber immer noch gültige Überzeugung der Arbeiterbewegung:
„Es kämpft sich nie schlecht. Für Arbeit und Recht.“

In diesem Sinne wünsche ich uns einen fröhlichen 1. Mai, herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

